



Entlastungsprogramm 2003

Konferenzielle Vernehmlassung

mit den übrigen in der Bundesversammlung vertretenen Parteien

vom 19. Juni 2003

PROTOKOLL

Anwesend

Bundesrat	Kaspar	Villiger	EFD
	Monika	Bloch	CSP
	Bernadette	Lehmann	CSP
	Thomas	Feuz	EDU
Nationalrat	Christian	Waber	EDU
Nationalrat	Ruedi	Aeschbacher	EVP
Nationalrätin	Ruth	Genner	Grüne
Nationalrat	Ueli	Leuenberger	Grüne
	Hubert	Zurkinden	Grüne
Nationalrat	Serge	Beck	LPS
	Christophe	Berdat	LPS
Direktor	Peter	Siegenthaler	EFV
Vizedirektor	Alfred	Rey	EFV
	Renato	Tami	BFE
	Alexandre	Schmidt	EFD
	Michael	Stalder (Protokoll)	EFV

Bundesrat Kaspar Villiger begrüsst und stellt die Teilnehmer der konferenziellen Vernehmlassung vor. Er dankt für Bereitschaft zur Stellungnahme trotz der kurzen Vorbereitungszeit und betont, dass die heutige finanzielle Situation ein schnelles Handeln unerlässlich macht.

Er beschreibt kurz den Inhalt des Vernehmlassungsberichtes und führt aus, dass mit dem vorliegenden Entlastungspaket eine nachhaltige Sanierung des Haushaltes angestrebt wird, jedoch die Kernfunktionen des Staates nicht angetastet werden. Trotz der Grösse des Entlastungsprogrammes ist das Ziel noch nicht erreicht, es gilt im nächsten Frühjahr die nötigen Entscheide zu treffen über weitere Massnahmen. Die Konjunkturverträglichkeit des Paketes ist in dem Sinne gewährleistet, dass die volle Wirkung erst 2006 eintritt.

Monika Bloch erklärt, dass der Zeitpunkt für ein Entlastungsprogramm ungünstig ist. Das EP 03 verhindert Impulse zur Ankurbelung der lahmenen Wirtschaft und wird damit die wirtschaftliche Lage kaum verbessern. Es zeigt sich weiter, dass infolge des Steuerpaketes die besser Verdienenden ungeschoren davon kommen, während gleichzeitig auf Kosten der Umwelt und der sozial Schwachen gespart wird.

Weiter kritisiert sie, dass es zu einer Lastenverschiebung zu den Kantonen kommt, obwohl dies gegen die Grundsätze des EP 03 verstösst. Weiter sieht sie im EP 03 viele Massnahmen, die eine klare Vorspuren für die NFA-Vorlage darstellen, obwohl diese weder vom Parlament noch vom Volk gutgeheissen wurde.

Sie anerkennt, dass der Bund sparen muss und dass die Sparvorschläge sorgfältig ausgearbeitet wurden. Für die CSP gibt es jedoch folgende Tabubereiche: Personal, Altersvorsorge, öffentlicher Verkehr, Umweltschutz und Behindertenrecht. Weiter ist für sie die Trennung zwischen strukturellem und konjunkturellem Defizit von Bedeutung. Zur weiteren Sanierung des Haushaltes fordert die CSP steuerseitige Massnahmen wie eine Bundeserbschaftssteuer und wünscht konkrete Massnahmen, um Steuerschlupflöcher konsequent zu schliessen.

In folgenden Bereichen des EP 03 sieht die CSP die grössten Probleme:

Übrige Beziehungen zum Ausland

Die CSP verlangt, dass bei der zivilen Friedensförderung sowie bei der Chemiewaffenabrüstung nicht gespart wird. Würde die Chemiewaffenabrüstung in der jetzigen Phase nicht mehr unterstützt, sei mit einer unsachgemässen Abrüstung zu rechnen, was unabschätzbare Umweltschäden zur Folge haben könnte

Kollektive IV-Leistungen

Die CSP verlangt den Verzicht auf diese Sparmassnahme. Im Gegensatz zur Darstellung im Vernehmlassungsbericht stellt sie keine Begrenzung des Ausgabenwachstums sondern einen Abbau von Leistungen dar, dies wenn die steigende Nachfrage an Betreuungsplätzen in den nächsten Jahren berücksichtigt wird. Kürzungen in diesem Bereich belasten vor allem die Löhne und damit auch die Betreuung der behinderten Menschen.

Wohnbauförderung

Die CSP fordert einen Verzicht diese Massnahme. Diverse Studien belegen, dass es sich bei den zinslosen Darlehen um ein überaus effektives Instrument handelt. So gibt es Wohnbaugenossenschaften auch die Möglichkeit, sozial durchmischte Siedlungen zu bauen.

EnergieSchweiz

Die CSP lehnt diese Massnahme ab. Sehr einverstanden ist sie hingegen mit den regulatorischen Massnahmen, weiter betont sie, dass eine CO₂-Abgabe eine alte Forderung der CSP ist.

Nationalrat Christian Waber erklärt, dass der Staatshaushalt immer noch viel zu expansiv sei. Er betont, dass es nicht Staatsaufgabe sei, die Wirtschaft zu unterstützen und dies im übrigen auch nichts bringe. Der Staat müsse sich um die Menschen kümmern und nicht um die Wirtschaft. Im Weiteren glaubt er nicht an einen Wirtschaftsaufschwung in den nächsten Jahren, aus dieser Annahme leitet sich die Frage nach dem Szenario des Bundesrates für diesen Fall ab.

Die EDU ist der Meinung, dass die steuerliche Belastung weder erhöht noch gesenkt werden muss. Sie lehnt damit das Steuerpaket wie auch eventuelle Steuererhöhungen grundsätzlich ab.

Sie fordert jedoch, dass der gesamte Bundeshaushalt linear um ein bis zwei Prozent gekürzt wird und ein Katalog mit den wirklichen Kernaufgaben des Staates erstellt wird.

Die EDU ist über die Personalausgaben des Bundes besorgt. Ihr genügen die vorgeschlagenen Massnahmen in diesem Bereich nicht und sie fordert deshalb einen weiteren Stellenabbau in allen Departementen und nicht nur im VBS.

Nationalrat Ruedi Aeschbacher bemerkt vorgängig, dass die EVP schon vor geraumer Zeit einen Antrag im Parlament vorbrachte, das Vernehmlassungsverfahren abzuschaffen, da sich meist sowieso nichts mehr an der Vorlage ändert.

Er findet es stossend, dass der Bund auf rund zwei Milliarden Einnahmen im Rahmen des Steuerpaketes verzichtet und gleichzeitig ein massives Sparprogramm lanciert. Er versteht nicht, warum der Bundesrat nicht intensiver gegen die Steuervorlage angetreten sei. Ohne diese Vorlage wäre ein kleineres, weniger schmerzhaftes Entlastungsprogramm möglich gewesen. Allgemein könnte mit zusätzlichen Einnahmen (z.B. Bundeserbschaftssteuer) das EP 03 reduziert werden.

Die EVP geht mit dem Bundesrat einig, dass eine gewisse Opfersymmetrie nötig ist, sofern ein solches Sparprogramm nötig sei.

Er glaubt, dass das EFD nie ein Freund der Wohnbauförderung war und nun versucht wird, im Rahmen des EP 03 den Parlamentsentscheid zur Wohnbauförderung auszuhebeln, indem man die zinsvergünstigten Darlehen sistiert. Er betont weiter, dass es sich bei den Darlehen für die Wohnbauförderung nicht um Ausgaben handelt und damit nur der Zinsverlust für die gesprochenen Mittel den Bund belastet.

Bundesrat Kaspar Villiger erwidert, dass er die Vernehmlassung durchaus als ein wertvolles Instrument ansehe. Auch wenn aufgrund dieser nicht die ganze Vorlage verändert werden kann, so gibt es doch einen Eindruck über die Stimmung der Teilnehmer an der Vernehmlassung.

Nationalrätin Ruth Genner hält das EP 03 für unnötig und lehnt es ab. Sie sieht darin ein massives Abbauprogramm mit verheerender Wirkung auf die Bereiche Umwelt, soziale Sicherheit und Arbeitsmarkt, was den verfassungsmässigen Auftrag einer nachhaltigen Entwicklung klar verletzt. Sie bezweifelt die Höhe des Defizits wie es vom EFD dargestellt wird und meint, dass gemäss ihren Berechnungen das Defizit von rund einer Milliarde mit einer Bundeserbschaftssteuer bzw. den anderen vorgeschlagenen einnahmeseitigen Massnahmen gedeckt werden könnte. Sie betont, dass mit erheblichen Auswirkungen auf die Wirtschaft zu rechnen sei. Ihre Berechnungen ergeben, dass zwischen 20'000 und 30'000 Arbeitsplätze verloren gehen würden, was zu weitere Einnahmeneinbrüchen führte. Im Weiteren ist der Moment für ein Sparprogramm ungünstig, nachdem das Parlament ein Steuerpaket beschlossen hat, welches Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe mit sich bringt. Sie fordert ebenfalls, auf lineare Kürzungen zu verzichten, um weiterhin das Setzen von Schwerpunkten zu ermöglichen.

Weiter betont sie, dass im sozialen und im ökologischen Bereich die massivsten Einschnitte gemacht werden. Die Grünen würden hingegen weitere Sparmassnahmen bei der Armee und den Strassen begrüssen. Geradezu skandalös sei die Sparmassnahme bei der Entwicklungszusammenarbeit, da schon das bisherige Ziel des Bundesrates die UNO-Vorgabe nicht erfüllt. Auch die zivile Friedensförderung ist nicht zu kürzen. In folgenden Bereichen des EP 03 sehen die Grünen ebenfalls grösste Probleme:

Soziale Wohlfahrt

Die Grünen lehnen die Aufhebung des FLEXA-Beitrags sowie die Aussetzung des Mischindex ab. Es sehe so aus, als ob der Bundesrat bei der AHV im Zuge der schlechten Finanzlage einen Leistungsabbau vollziehen möchte. Dies in einem Zeitpunkt, in welchem die zweite Säule mit grossen Problemen zu kämpfen hat. Sie betont weiter, dass auch die Aussetzung des Mischindex dazu führt, dass die Rentenentwicklung langfristig hinter der Lohnentwicklung zurückbleibt. Die AHV ist ein effizientes und gutes Instrument der Alterssicherung, ein Abbau würde eine existenzsichernde AHV gefährden und damit der Altersarmut Tür und Tor öffnen.

Asyl

Die Massnahmen im Asylbereich führen dazu, dass Asylbewerber in die Illegalität getrieben werden und die Zahl der sans papiers weiter ansteigt. Sie findet es störend, dass der Bundesrat während der laufenden Asylgesetzrevision über ein Sparprogramm eine Verschärfung des Asylgesetzes im dringlichen Verfahren durchdrücken will. Die Massnahmen stellen eine Einschränkung der Rechte von Asylbewerbern sowie Zwangsmassnahmen dar, die mit sparen nichts zu tun haben. Die Grüne sehen in der Massnahme kein Spareffekt, sondern eine Verteuerung des Asylwesens. Ein echter Spareffekt wäre einzig durch die Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylbewerber zu erreichen.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Die Grünen lehnen diese Massnahme ab, da bei Kinderkrippen und Tagesschulen immer noch grosse Defizite bestehen. Die Leidtragenden sind dabei vor allem Frauen, welche von der Doppelbelastung betroffen sind.

Öffentlicher Verkehr

Die Kürzungen stellen einen schmerzhaften Abbau des öffentlichen Verkehrs dar. Die Folge davon sind ein unattraktives Angebot und mehr Staus auf den Strassen. Auch kann die Massnahme im Regionalverkehr nicht von den Kantonen aufgefangen werden, was zu Angebotskürzungen führen muss. Aus diesen Gründen lehnen die Grünen diese Sparmassnahme ebenfalls ab.

FinöV

Die Grünen lehnen die Massnahme ab, da die Lärmschutzmassnahmen auf den Neat-Zufahrtstrecken erst viel später realisiert werden können.

Behindertengleichstellungsgesetz

Sie betont, dass es skandalös sei, bei den Massnahmen im öffentlichen Verkehr gemäss Behindertengesetz zu kürzen, obwohl vor der Abstimmung über die Behinderteninitiative damit geworben wurde, dass das Gesetz diese Massnahmen schon vorsehe.

EnergieSchweiz

Die Grünen bezeichnen diese Massnahme als verheerend. Einerseits hat EnergieSchweiz grundsätzlich eine positive Wirkung (MWST-Einnahmen, neue Arbeitsplätze, Innovationen etc.), andererseits werden durch EnergieSchweiz know-how generiert und Netzwerke geschaffen, welche durch den Verzicht auf EnergieSchweiz zerstört würden.

Landwirtschaft

Die Grünen fordern, dass bei der Landwirtschaft keine Kürzung bei den Direktzahlungen erfolgt.

Nationalrat Serge Beck indique que le Parti Libéral salue le programme et que ce à quoi le PLS tient, considérant qu'il s'agit d'un investissement pour le pays, c'est qu'il n'y ait pas de ponctions fiscales supplémentaires, au niveau des taxes, en particulier au regard de l'augmentation de la quote-part fiscale, et qu'une détérioration supplémentaire des conditions-cadres au niveau de la fiscalité et des taxes ne ferait qu'alimenter les difficultés économiques actuelles.

Par rapport au paquet d'économies, si son principe et son ampleur sont adéquats, sa méthodologie est inadéquate dans la mesure où il n'y pas de choix et de priorités qui sont établies par le Conseil fédéral, et que le programme proposé ressemble à une mosaïque, dans laquelle on aurait demandé à chaque Département et chaque office de gratter un petit peu comme bon lui semblait dans son domaine d'activité. Ce programme démontre aux yeux du PLS les limites de la politique consensuelle actuelle, et on peut reprocher le manque de vision globale. En particulier la partie introductive ne dit rien quant aux principes et aux choix fondamentaux du gouvernement.

Les résultats du système actuel sont une érosion progressive de l'activité de l'Etat dans ses tâches fondamentales, parce qu'au cours des différents exercices annuels, on rajoute sans cesse des activités accessoires et secondaires, et lorsqu'on se trouve face à des difficultés financières, on met en place des mesures de type linéaire dans leur esprit, dans la mesure où on va grappiller partout plutôt que de se poser la question de l'opportunité de la poursuite de l'engagement public dans certaines tâches, ce qui revient à un manque de vision et de priorités politiques.

Il y aussi des mesures incohérentes ou déclamatoires, dans le domaine de l'asile, de l'Armée XXI, de l'aide aux pays de l'Est par exemple. Dans le domaine social, qui représente quelque 25% des dépenses de l'Etat, il y a un intérêt particulier à ce que les finances de la Confédération soient redressées. Certains éléments techniques sont décevants, comme par exemple la gestion des dépenses du personnel, qui a encore lieu par poste, alors qu'elle devrait entrer dans la dynamique des enveloppes budgétaires qui responsabilisent les offices.

Il y a également un certain nombre de reports de charges, sur les contribuables par exemple en matière de redevance radio, ou sur d'autres collectivités publiques. Il faut aussi explorer certaines mesures pro cycliques au niveau de leurs conséquences sur les conditions-cadres et sur les investissements au sens large, et en particulier dans le domaine de la formation et de la recherche, qui sont productives à court terme et financièrement dans un programme d'économies, mais qui, mises en perspective, peuvent se retourner contre le pays en terme de concurrence internationale.

Le PLS souhaite que le Conseil fédéral ajoute au début de son Message une vision politique pour le pays, et que le débat sur les tâches fondamentales de l'Etat soit posé. Le PLS appelle ainsi le Conseil fédéral à une cohérence politique et souhaite qu'un certain nombre de réflexions soient faites dans l'ouverture du Message

Bundesrat Kaspar Villiger stellt fest, dass mit dem EP 03 weder eine pro- noch eine antizyklische Wirkung angestrebt wird. Selbstverständlich jedoch wird das BIP kleiner, wenn der Bund auf Aufgaben verzichtet und der Bund dadurch weniger Steuereinnahmen hat. Andererseits können Mittel, die aus einer Branche, welche nur dank Subventionen überlebensfähig ist, produktiver an anderer Stelle eingesetzt werden. Er betont weiter, dass der Haushalt bis 2005 expansiv ist, wenn man die Sonderrechnungen (ALV, FinÖV) dazurech-

net. Ausserdem ist zu beachten, dass die Schweizer Volkswirtschaft – als kleine, vernetzte und exportorientierte Wirtschaft – stark vom Ausland (v.a. Deutschland) abhängig und kaum in der Lage ist, die Wirtschaft von sich aus anzukurbeln, auch mit einem stark expansiven Haushalt nicht.

Eingehend auf die Frage von NR Beck bezüglich fehlender Prioritätensetzung erklärt er, dass eine Opfersymmetrie notwendig ist, um das Paket politisch durchzusetzen. Trotzdem werden weiterhin Prioritäten gesetzt; so gibt es bei Bildung und Forschung, dem Sozialbereich und der Entwicklungshilfe immer noch reale Zuwachsraten, während bei der Landwirtschaft und der Armee zurückgefahren wird.

Zum Steuerpaket führt er aus, dass die Familienbesteuerung seit langem geändert werden sollte, der momentane Zeitpunkt sei allerdings ungünstig. Die steuerlichen Massnahmen bei den Hauseigentümern ist im Bezug auf das EP 03 kaum vertretbar. In diesem Punkt hat das Parlament die Verantwortung für seinen Entscheid zu tragen.

Er stellt weiter fest, dass das EP 03 nicht nur die Armen und Schwachen trifft. Auf grössere Veränderungen an den Sozialwerken wurde bewusst verzichtet, diese sollten in speziellen Revisionen vorgenommen werden und nicht Teil eines Sparprogrammes sein.

Peter Siegenthaler erklärt, dass das strukturelle Defizit nach verschiedensten Methoden (IMF, OECD, EU etc.) berechnet wurde. Alle Berechnungsarten wiesen ein strukturelles Defizit zwischen zwei bis vier Milliarden. Die EFV stützt sich nun auf einen Wert, der in der Mitte dieses Bereiches befindet. Weiter wird das strukturelle Defizit über mehrere Jahre hinweg konjunkturverträglich abgebaut. Er stellt fest, dass die makroökonomischen Auswirkungen des EP 03 nicht von der EFV, sondern von der BAK Basel Economics berechnet wurden.

Der Grundsatz mehrheitlich auf Lastenabwälzungen auf die Kantone zu verzichten, wurde erfüllt. Jedoch ist es bei einem Anteil von 30% der Kantone am Bundesbudget kaum möglich, diesen Grundsatz vollständig einzuhalten. Zu berücksichtigen gilt auch, dass sich aus dem EP 03 Entlastungen für die Kantone ergeben.

Nationalrat Serge Beck pose la question du principe de l'utilisation des fonds et des recettes affectées, qui ne se retrouve pas dans le Message. Selon lui, utiliser ces fonds, comme le fonds routier - ou plutôt sa trésorerie - pour financer d'autres domaines d'activités de la Confédération revient à recourir au petit crédit. Une telle situation s'est déjà produite avec les caisses de pensions, avec maintenant 20 milliards de francs qui doivent être payés. Dès lors, c'est une illusion de vouloir incorporer ce type de dépenses, parce qu'elle revient à recourir au petit crédit.

Bundesrat Kaspar Villiger erklärt, dass die Zuführung eines Teiles der LSVA-Einnahmen in die allgemeine Bundeskasse verfassungskonform ist. Weiter betont er, dass ein Finanzminister grundsätzlich möglichst wenig zweckgebunden Einnahmen wünscht, schränkt dies doch bei der Prioritätensetzung ein.

Nationalrat Ruedi Aeschbacher hält eine differenzierte Opfersymmetrie für sinnvoll. Er möchte, dass vor allem die Bereiche genauer untersucht werden, die starke Zuwachsraten zu verzeichnen haben; insbesondere im Strassenbereich sieht er ein grosses Kürzungspotential.

Weiter hebt er hervor, dass mit dem neuen Gesetz zur Wohnbauförderung ein neues besseres Modell eingeführt wird, welches den Bund weniger belasten sollte. Er möchte weiter wissen, was mit dem EP 03 geschieht, wenn das Steuerpaket abgelehnt würde, hätte dies doch positive Folgen für den Bundeshaushalt und würde den Sparbedarf senken.

Bundesrat Kaspar Villiger erklärt, dass nichts am EP 03 geändert würde, jedoch die finanziellen Herausforderungen des Bundes geringer würden.

Hubert Zurkinden fragt, wieso die EFV nicht noch weitere Berechnungen zum strukturellen Defizit prüft.

Bernadette Lehmann möchte wissen, ob Massnahmen ergriffen werden, um die vorhandenen Steuerschlupflöcher zu schliessen.

Peter Siegenthaler räumt ein, dass die EFV vom starken Einnahmeneinbruch in diesem Jahr überrascht wurde. Die Reduktion der Einnahmen bewegt sich zwischen 2004-2007 ansteigend von zirka drei auf fünf Milliarden. Es gilt nun festzustellen, wieviel davon dauerhaft wegfällt und wieviel durch die lahmende Konjunktur begründet werden kann. Er betont nochmals, dass die EFV das strukturelle Defizit nach verschiedensten Methoden (OECD, EU, IMF etc.) berechnet hat und sich für eine Methode entschieden hat, deren Wert in der Mitte der Extrempositionen zuliegen kommt.

Im Weiteren weist er darauf hin, dass die Steuerverwaltung im Rahmen des EP 03 zusätzliches Personal erhält, um den Steuervollzug zu verbessern